

Aus dem Landtag und dem Wahlkreis



Januar 2018

Aus dem Landtag und dem Wahlkreis

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreunde,

um Ihnen monatlich eine Auswahl aus den interessanten Themen der CDU-Landtagsfraktion und meinen Aktivitäten im Wahlkreis zu präsentieren, finden Sie meine Online-Broschüre „Aus dem Landtag und dem Wahlkreis“ auf meiner Homepage.

Umfassende Informationen und Presseberichte zur Arbeit der CDU-Landtagsfraktion finden Sie unter www.cdu-fraktion-niedersachsen.de.

Ich hoffe sehr, dass Ihnen meine Online-Broschüre gefällt und Sie regelmäßig zu Beginn eines Monats die Zusammenfassung des vorangegangenen Monats auf meiner Homepage anklicken.

Natürlich stehe ich Ihnen für Fragen und Anregungen gerne zur Verfügung!



Herzlichst
Ihre Editha Westmann

Januar Spruch:

Je glücklicher einer ist,
desto leichter kann er loslassen.

(Dorothee Sölle)

Aus dem Landtag – Januar 2018

Folgende Anträge der CDU-Landtagsfraktion wurden im Rahmen des 4. Tagungsabschnittes des Niedersächsischen Landtages am 24. Januar 2018 behandelt:

- Kinderrechte in das Grundgesetz aufnehmen (Drs. 18/158)
- Chancen und Potenziale der Digitalisierung für Niedersachsen nutzen - Digitalisierungsprofessuren fördern (Drs. 18/159)
- Hochwasser effektiv vorbeugen – Frühwarnsysteme ausbauen (Drs. 18/162)

Gesetzentwurf

- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes (Drs. 18/168)

Aktuelle Stunde

- Bepöbelt, bedroht und angegriffen – Hass und Gewalt gegen Bürgermeister nehmen zu (Drs. 18/198)



Aus dem Landtag – Presse Januar 2018

Toepffer: Sorgen der Kommunen bei Beitragsfreiheit der Kindergärten sehr ernst nehmen

Hannover. „Wir lassen die Kommunen bei unserem Ziel, die Eltern von den Beiträgen ab dem Kindergartenjahr 2018/19 zu entlasten, nicht alleine. Im Gegenteil, wir nehmen ihre Sorgen sehr ernst und haben die kommunalen Haushalte im Blick“, so der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Dirk Toepffer.

Der Fraktionsvorsitzende weiter: „Ziel muss am Ende des Prozesses ein Ausgleich sein, der von allen Beteiligten als wirklich fair empfunden wird. Dafür wird sich die CDU-Landtagsfraktion in den anstehenden Beratungen vehement einsetzen. Ein erster Ansatz zur Entlastung der Kommunen durch das Land würde die Übernahme der Kosten für nichtzahlende Eltern sein. Zurzeit übernehmen die Kommunen diese Kosten, wenn Eltern aus wirtschaftlichen Gründen befreit sind.“

Die Kommunen seien zentraler Bestandteil und wichtiger Grund für die Leistungsfähigkeit Niedersachsens. Basis für die Leistungsfähigkeit jeder Gebietskörperschaft sei eine Finanzausstattung, die die notwendigen Spielräume für die Erfüllung der jeweiligen Aufgaben schaffe. Man müsse dabei auch die Sparbemühungen der Kommunen berücksichtigen, so Toepffer.

Aus dem Landtag – Presse Januar 2018

Schünemann: Schnelle Rückführungen bei Flüchtlingen ohne Bleibeperspektive

Hannover. „Es gibt keine Rechtfertigung für die Verübung von Straftaten. Dies gilt insbesondere für sexuelle Übergriffe oder Vergewaltigungen“, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Uwe Schünemann nach Vorstellung der gestern veröffentlichten Studie über die Kriminalitätsentwicklung in Niedersachsen.

Der Innenexperte weiter: „Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive, die in ihrem Herkunftsland nicht bedroht werden, müssen schnell wieder zurückgeführt werden. Dies gilt besonders für hier straffällig gewordene Flüchtlinge. Voraussetzung dafür ist, dass die Maghreb-Staaten endlich zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden. Die große Koalition in Niedersachsen kann dazu beitragen, dass die Blockade im Bundesrat aufgelöst wird.“

In den Aufnahmezentren sollten Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive möglichst für die Dauer ihres Asylverfahrens verbleiben. Die Vermittlung einfacher Deutschkenntnisse könne dort trotzdem geschehen, so Schünemann. Gerade die zentrale Unterbringung erleichtere dies. „Unabhängig davon ist eine gesteuerte Integration notwendig. Grundsätzlich sollte die Erstintegration in den ersten drei Monaten zentral durchgeführt werden. Jeder Landkreis oder kreisfreie Stadt sollte entsprechende Integrationszentren einrichten. Die Finanzierung dieser muss durch Bund und Land gemeinsam erfolgen“, sagte Schünemann.

Aus dem Landtag – Presse Januar 2018

Thiele: In die Zukunft investieren und in den Schuldenabbau einsteigen

Hannover. „Für die Position des Steuerzahlerbundes, schnell in die Tilgung der Altschulden des Landes Niedersachsen einzusteigen, habe ich große Sympathie. Den noch von der vorherigen Koalition beschlossenen Doppelhaushalt für 2017/18 werden wir jedoch nur noch punktuell ändern können“, erklärt der stellvertretende Vorsitzende und finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Ulf Thiele in einem gemeinsamen Pressegespräch mit dem Vorsitzenden des Steuerzahlerbundes Niedersachsen-Bremen, Bernhard Zentgraf. Die CDU-Fraktion setze auf einen Zweiklang aus Zukunftsinvestitionen und Schuldenabbau, sagte Thiele.

„Mit dem Nachtragshaushalt für 2018 werden wir zentrale Projekte des Koalitionsvertrages umsetzen. Wir entlasten Familien mit Kindern und schaffen die Beiträge für den Kindergarten ab. Darüber hinaus investieren wir in 2500 weitere Krippenplätze für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Für mehr Sicherheit der Menschen in Niedersachsen schaffen wir 750 zusätzliche Stellen bei der Polizei und verbessern die Unterrichtsversorgung mit 1000 zusätzlichen Lehrerstellen“, so Thiele.

Im Nachtragshaushalt müssen zudem zwangsläufige Mehrausgaben von ca. 500 Millionen Euro berücksichtigt werden, die aus gesetzlichen Verpflichtungen entstehen und im Haushaltsplan bisher nicht abgebildet waren. Daher gebe es in diesem Nachtragshaushalt kaum Spielräume für den Abbau von Schulden.

„Aus dem Haushaltsüberschuss aus 2017 werden wir ein Sondervermögen Digitalisierung in Höhe von 500 Millionen Euro einrichten, um diese zentrale Zukunftsaufgabe zu schultern. Es besteht die Hoffnung, dass sich aus dem Überschuss 2017 auch Spielräume für eine einmalige Schuldentilgung ergeben“, so der Finanzexperte. Die CDU-Landtagsfraktion sei zudem fest entschlossen, mit dem Haushalt 2019 dauerhaft in die Schuldentilgung einzusteigen. „Wir haben den Schuldenabbau im Koalitionsvertrag von SPD und CDU verankert. Das werden wir auch umsetzen“, erklärte Thiele.

Aus dem Landtag – Presse Januar 2018

Zur Feiertagsdebatte in Niedersachsen erklärt der Vorsitzende der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion Dirk Toepffer:

„Wir müssen in der Diskussion um einen weiteren Feiertag wieder mehr miteinander statt übereinander sprechen. Unabhängig davon, welcher Tag es am Ende sein wird, sollten die Gespräche darüber gemeinsam zwischen der Politik, den Religionsgemeinschaften und den Sozialpartnern geführt werden. Dies noch im ersten Quartal, damit sich die Abgeordneten des Landtages im Plenum mit diesem Thema auseinandersetzen können. Eine gemeinsame Lösung für Norddeutschland sollten wir dabei im Auge behalten.“

Aus dem Landtag – Presse Januar 2018

Toepffer: Brauchen bundeseinheitliche und verpflichtende Verfahren bei der Altersfeststellung

Hannover. In der Debatte um die Altersfeststellung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern fordert der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Dirk Toepffer: „Wir brauchen in Deutschland einheitliche und verpflichtende Verfahren bei der Altersfeststellung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern, bevor diese von den Jugendämtern in Obhut genommen werden. Dies entlastet die Jugendämter und stellt sicher, dass wirklich nur Minderjährige von den Leistungen der Jugendhilfe profitieren“, so Toepffer. Damit lasse sich im Bereich der Jugendhilfe sehr viel Geld sparen und es werde auch verhindert, dass sich Erwachsene und schutzbefohlene Minderjährige gemeinsam in den Einrichtungen der Jugendhilfe aufhalten. „Damit sichern wir das Kindeswohl“, so der Fraktionsvorsitzende.

Die Fälle in Hildesheim und aktuelle Zahlen aus dem Saarland würden zeigen, dass eine bundesweit einheitliche Altersfeststellung zwingend nötig sei. „Im Saarland werden alle Migranten, die angeben minderjährig zu sein, in einer zentralen Einrichtung überprüft. Bei den Fällen mit Zweifeln am Alter stellte sich nach der radiologischen Untersuchung heraus, dass etwa jeder zweite falsche Angaben zum Alter gemacht hat“, so Toepffer.

Bei den Sondierungsgesprächen zwischen CDU/CSU und SPD auf Bundesebene wurde kürzlich vereinbart, dass Asylverfahren künftig in zentralen Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen (ANKER) bearbeitet werden. In diesen wird auch eine umfassende Identitätsfeststellung stattfinden: Name, Herkunft, Alter und Fingerabdruck. „Dies soll auch für unbegleitete Minderjährige gelten, bevor deren Inobhutnahme durch die Jugendämter erfolgt. Diese bundeseinheitliche Regelung begrüßen wir ausdrücklich“, so Toepffer. Der Fraktionsvorsitzende weist darauf hin, dass inzwischen auch aus den Reihen von SPD und Grünen die Forderung nach einer einheitlichen Altersfeststellung erfolgt ist. „Karl-Josef Lauterbach, Andrea Nahles und Boris Palmer sind inzwischen auch davon überzeugt, dass wir einheitliche Regelungen brauchen.“

Aus dem Landtag – Presse Januar 2018

Anlässlich der enormen Sturmschäden an Gleisbettungen und Oberleitungen in weiten Teilen Niedersachsens durch den Orkan „Frederike“ und die einhergehende zeitweise Einstellung des Bahnverkehrs erklärt die CDU-Landtagsabgeordnete Laura Rebuschat:

Erneut sitzen Pendler und Reisende an zahlreichen Bahnhöfen in Niedersachsen fest, weil herabgestürzte Äste und entwurzelte Bäume Bahngleise blockiert und Oberleitungen zerstört haben. Dieser Umstand zeigt die Notwendigkeit, zügig mit allen Beteiligten – von den Eigentümern und Betreibern der Gleisanlagen bis hin zu den Umweltverbänden – zusammenzukommen, um konkrete Gegenmaßnahmen zu erarbeiten. Im Dezember-Plenum haben CDU und SPD die Landesregierung daher aufgefordert, einen Runden Tisch einzusetzen. Eine Unterrichtung durch das Umweltministerium erfolgt spätestens Anfang März. Erste Ergebnisse, die in einem Zwischenbericht festgehalten werden sollen, erwarten wir bereits im April dieses Jahres. Das ist ein ehrgeiziges Ziel.“

Aus dem Landtag – Presse Januar 2018

Wulf: Inklusion mit Augenmaß – Förderschule Lernen für den Übergang wieder ermöglichen

Hannover. „Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir die Einschulung in die 5. Klasse der Förderschule Lernen für das kommende Schuljahr wieder ermöglichen. Das verbessert nicht nur die Handlungsfähigkeit der Schulträger, sondern stärkt vor allem den Elternwillen und das Kindeswohl“, sagt die stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Mareike Wulf, in der heutigen Plenardebatte um die Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes. Ein wichtiger Punkt des Gesetzes sei es, die Laufzeit der Förderschulen Lernen bis zum Schuljahr 2027/28 zu verlängern. „Die Einschulung in die 5. Klasse der Förderschule Lernen wird bis zum Schuljahr 2022/23 möglich sein“, so Wulf. Durch die so gewonnene Zeit können Lehrkräfte durch mehr Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen besser als bislang auf inklusive Bildung vorbereitet werden. „Wir machen Inklusion mit Augenmaß“, betont Wulf. Für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam zu beschulen, seien zwar weitere Schritte notwendig, das individuelle Kindeswohl dürfe dabei aber nicht aus den Augen geraten. „Wir brauchen ein vernünftiges Konzept, wie Inklusion nicht nur funktionieren kann, sondern vor allem funktionieren wird“, so Wulf.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Gesetzesnovelle sei die Möglichkeit der flexibleren Einschulung, um dem individuellen Entwicklungsstand des Kindes mehr Rechnung zu tragen. Mit einem Einschulungskorridor vom 1. Juli bis zum 30. September hätten die Eltern nun mehr Möglichkeit zu entscheiden, ob ihr Kind schon kurz vor oder kurz nach Vollendung des sechsten Lebensjahres in die Schule komme oder noch ein Jahr zu Hause beziehungsweise im Kindergarten bleibe, so Wulf. „Starre Stichtage für die Einschulung wird es ab diesem Jahr nicht mehr geben.“ Gleichzeitig werde auf ein kompliziertes Antragsverfahren für die Rückstellung verzichtet. „Wir wollen eine unkomplizierte Meldelösung statt eines Antragsverfahrens“, betont Wulf. „Die Kommune prüft lediglich das Geburtsdatum und stellt das Kind dann für ein Jahr zurück.“

Aus dem Landtag – Presse Januar 2018

Hillmer: Digitalprofessuren unverzichtbar für ambitionierte Digitalisierungsstrategie des Landes

Hannover. „Niedersachsen ist ein Land der Innovationen. Viele großartige Erfindungen stammen von hier. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, müssen wir auch im Bereich der digitalen Wissenschaften die Signale auf Grün stellen. Die Implementierung neuer Digitalprofessuren an unseren Hochschulen dient genau diesem Ziel“, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Jörg Hillmer, zur Debatte um die Förderung von Digitalprofessuren in Niedersachsen.

„Die Digitalisierungsprofessuren sind unverzichtbar für Niedersachsens Digitalisierungsstrategie, sie sind Schnittstelle zwischen wissenschaftlicher Forschung und praktischer Anwendung“, so Hillmer. Mit den Professuren sollen unter anderem die Vermittlung von Wissen über die Digitalisierung, die Digitalisierung der Bildung und der Arbeitswelt, die Steigerung der Digital- und Medienkompetenz sowie digitale Applikationen vorangetrieben werden. Niedersachsens Hochschulen sollen zukünftig bei den digitalen Wissenschaften wieder vorne mitspielen. Zeiten, in denen niedersächsische Hochschulstandorte beim Zuschlag für zukunftsweisende Institute leer ausgingen, sollen der Vergangenheit angehören. „Es muss ein Ruck durch Niedersachsen gehen. Dieser Aufbruch muss aus den Hochschulen heraus begleitet und initiiert werden. Daher sind wir fest entschlossen, in Zukunftsthemen und Zukunftsprojekte zu investieren, die Grundlage für Arbeitsplätze und Wohlstand in der Zukunft sind“, so der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende.

Aus dem Landtag – Presse Januar 2018

Oesterhelweg: Folgen von Hochwasser abmildern, Schäden begrenzen – Niedersachsen braucht einen Masterplan Hochwasserschutz

Hannover. „Die enormen Verwüstungen des Sommerhochwassers 2017 haben uns alle erschüttert. Die entstandenen Schäden in mehrfacher Millionenhöhe wurden in vielen Fällen von Bürgern und Unternehmern alleine getragen. Viele berufliche und private Existenzen wurden bedroht oder sogar zerstört. Das Land muss die Betroffenen im Rahmen einer Soforthilfe weiter finanziell unterstützen. Wir brauchen aber eine schnellere und unbürokratischere Auszahlung der Entschädigungsleistungen – hier besteht Nachholbedarf“, so der CDU-Landtagsabgeordnete, Frank Oesterhelweg, in der heutigen Plenardebatte um die Verbesserung des Hochwasserschutzes in Niedersachsen. Um die Folgen zukünftiger Hochwasser abzumildern oder zumindest die Schäden zu begrenzen, seien viele Maßnahmen erforderlich. „Viele Projekte für einen effektiveren Hochwasserschutz müssen noch umgesetzt werden. Wir brauchen daher einen ‚Masterplan Hochwasserschutz‘, um die wichtigsten Projekte schnellstmöglich zu starten.“ Dafür müssen die finanziellen Mittel für den Hochwasserschutz im Land deutlich erhöht werden.

„Der von mir mit entwickelte ‚Integrierte Hochwasserschutz im Nördlichen Harzvorland‘ ist ein gutes Beispiel und bereits jetzt ein erfolgreiches Modellprojekt in Niedersachsen“, so Oesterhelweg, der sich bereits seit Jahren auf kommunaler und Landesebene im Bereich Hochwasserschutz engagiert. Der Umweltperte fordert, dass Land und Kommunen gemeinsam an wirksamen Maßnahmen zum Hochwasserschutz arbeiten. „Ein flächendeckender Hochwasserschutz sollte weder an einzelnen Kommunen noch an Landesgrenzen scheitern“, so Oesterhelweg. Dazu gehöre auch, dass der Hochwasserschutz in Niedersachsen nicht lokal beschränkt werden darf, sondern flussgebietsweise erfolgen muss. „Wir benötigen dezentrale Rückhaltungsmöglichkeiten an kleineren Gewässern, bevor Hochwasserwellen die größeren Flüsse erreichen. Dafür müssen nicht nur die Gemeinden, sondern auch Anlieger, Flächeneigentümer und -nutzer in die Planungen einbezogen werden“, so Oesterhelweg. Außerdem müssen die Vorhersagemodelle für Wetter- und Hochwasserereignisse ausgebaut werden.

Aus dem Landtag – Presse Januar 2018

Toepffer: Zusätzliche Richter und Staatsanwälte, mehr Geld für Straßensanierungen und Ausbau der Studienplätze für das Lehramt – CDU setzt starke Akzente im Nachtragshaushalt

Hannover. Mit insgesamt vier Projekten im Nachtragshaushalt 2018 setzt die CDU erste Akzente in der neuen Landesregierung. „Wir sind mit dem klaren Ziel in diese Regierung eingetreten, die Lebensumstände der Menschen in Niedersachsen zu verbessern“, sagt der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Dirk Toepffer. In einem ersten Schritt würden daher 40 zusätzliche Planstellen für Richter und Staatsanwälte in den Nachtragshaushalt aufgenommen, die Fördermittel für die Sanierung kommunaler Straßen um 26,5 Millionen Euro aufgestockt und mindestens 200 neue Studienplätze für das Lehramt geschaffen. Auch die Mittel für den landwirtschaftlichen Wegebau würden erhöht.

Toepffer weiter: „Mit diesen Maßnahmen beschleunigen wir die Gerichtsprozesse und bekämpfen den Lehrermangel ebenso wie den Sanierungsstau bei landwirtschaftlichen Wegen und kommunalen Straßen. Diese Bilanz nach wenigen Wochen Regierungsbeteiligung kann sich sehen lassen.“ Insbesondere der Stellenaufbau im Justizwesen sei für die CDU von großer Bedeutung: „Es fehlen insgesamt 250 Richter und Staatsanwälte in Niedersachsen. Mit der Einstellung von 40 Juristen gehen wir diesen Missstand offensiv an. Wir wollen, dass die Effizienz der Gerichte deutlich gesteigert wird und der Tat die Strafe auf dem Fuße folgt. Damit stärken wir den Rechtsstaat in Niedersachsen.“